

ÜBERLEGUNGEN ZUM STAATLICHEN BILDUNGSMONOPOL

WAS IST UNS DIE STEINER-SCHULE WERT?

Die Schweiz und Griechenland sind die einzigen Länder Europas, welche nur ein einziges Schulsystem finanzieren. Die Ergebnisse der PISA-Studie sollten ein Anlass sein, auch über das Bildungsmonopol des Staates nachzudenken.

Das kollektive Interesse an Bildung ist im 19. Jahrhundert entstanden. Nationalstaaten erhofften sich über das Bildungssystem die Förderung des nationalen Zusammenhaltes. Andere, eher demokratisch-liberal orientierte Staaten, versuchten, damit das zumeist kirchliche Bildungsmonopol zu brechen. Zu diesen staatlichen Interessen gesellte sich ein wirtschaftliches: Eine minimale schulische Bildung war auch ein Motor der einsetzenden Industrialisierung. Länder traten in einen ökonomischen Wettkampf, und Humankapital spielte dabei eine entscheidende Rolle.

Viele Gründe für einen Bildungspluralismus

Das Recht auf Bildung, ein enormer gesellschaftlicher Fortschritt, blieb seit diesen Entwicklungen immer gepaart mit der Zwang zur Bildung. Dieser Zwang fand ihren Niederschlag nicht nur in der allgemeinen Schulpflicht, sondern umfasste auch die Frage, welche Bildung man zu wählen hat: Nämlich die Angebote der staatlichen Schulen. Dieses staatliche Monopol, obwohl vor völlig anderen historischen Konstellationen entstanden, gehört bis heute zu den Tabuzonen der schweizerischen Bildungspolitik. Dabei sprechen viele Gründe für einen Bildungspluralismus.

1. Europaweit ist das staatliche Bildungsmonopol nirgends so ausgeprägt wie in Griechenland und in der Schweiz. Dieses Monopol wird unter anderem mit dem Postulat der Chancengleichheit für alle begründet. Nur eine akzeptable soziale Durchmischung der Schulen garantiere allen vergleichbare Bildungschancen, wird argumentiert. Die Realität sieht aber anders aus: Die PISA-Studie hat gezeigt, dass ausgerechnet die Schweiz in der Spitzengruppe jener OECD-Länder anzutreffen ist, die die grösste Abhängigkeit schulischer Leistungen von der sozioökonomischen Herkunft der Eltern aufweist. Demgegenüber weisen Länder mit freier Schul-

wahl (wie etwa Australien) weit geringere Leistungsunterschiede zwischen Schulen auf als die Schweiz. Ähnlich ernüchternde Feststellungen sind auch zu den Postulaten der «sozialen Kohäsion» und des Lernerfolgs zu ziehen: PISA gibt viele Hinweise, dass in Ländern mit monopolistischen Bildungsstrukturen diese berechtigten Anliegen weniger gut erfüllt werden als in Ländern mit einem pluralistischen Bildungsangebot. Besondere Erwähnung verdient hier Finnland, das im Vergleich der Bildungssysteme am besten abgeschnitten hat. Dieses Land hat eine neunjährige, prüfungs- und notenfreie Gesamtschule; der Staat bezahlt alle Schulen (auch die nicht-staatlichen) praktisch ganz mit der Begründung, dass Wettbewerb die Qualität steigere und das Zweiklassen-System damit aufgehoben werde. Ganz klar: Im Bereich der Bildung kann und soll nicht mit einfachen Rezepten operiert werden. Aber solche internationalen Vergleiche sollten nachdenklich stimmen.

2. Zu erinnern ist in diesem Kontext an die Tatsache, dass das Bildungsmonopol des Staates auch in der Schweiz nicht umfassend ist, sondern sich nur auf die obligatorischen neun Schuljahre erstreckt. Bereits im Bereich des 10. Schuljahrs existiert ein gewisser Bildungsmarkt, ebenso auf Gymnasialstufe, wo in der Innerschweiz private (katholische) Anbieter anzutreffen sind. Auf Ebene der beruflichen Grund- und Weiterbildung schliesslich finden wir einen bemerkenswerten Pluralismus von staatlichen und privaten Angeboten, finanziert durch öffentliche und private Gelder. Der staatliche Zugriff beschränkt sich auf dieser Ebene auf «Rahmengesetzgebungen» (so etwa ausdrücklich das neue Berufsbildungsgesetz). Das ist nicht zum Nachteil der Berufsbildung, die sich in den letzten Jahren als ebenso robust wie anpassungsfähig erwiesen hat. Es käme nie-

mand auf die Idee, für diesen Bereich ein Bildungsmonopol des Staates zu verlangen! Eigenartig, dass auf Grundschulstufe umso zäher daran festgehalten wird.

3. In einer Umfrage des Pädagogischen Instituts der Universität Zürich aus den Jahren 2000 und 2001 haben sich 70 Prozent der Befragten für eine staatliche Unterstützung nicht gewinnorientierter Privatschulen ausgesprochen. Und 72 Prozent gaben an, sie würden selber vom Recht auf freie Schulwahl Gebrauch machen, wenn sie selbst nichts dafür zahlen müssten. Bis heute haben aber weder der Gesetzgeber noch die Behörden Anstrengungen unternommen, das im Rechtsempfinden der Bevölkerung verankerte Postulat der Bildungsfreiheit umzusetzen (ausgenommen Kantone in der Innerschweiz oder Basel-Landschaft). Die Rudolf Steiner Schulen, die bekanntesten Privatschulen der Schweiz, können sich nur dank grösster Anstrengungen halten - und das, obwohl ihre pädagogischen Leistungen anerkannt sind und nicht selten zu Reformschritten in der Staatsschule angeregt haben.

Fazit: Der Schweizerischen Bildungspolitik mangelt es derzeit nicht an Herausforderungen, und es macht die Situation nicht leichter, dass 26 Kantone gleichzeitig daran arbeiten. Es ist verständlich, dass man auf dieser Grossbaustelle nicht noch weiter Beton aufreissen und Umbauten in Angriff nehmen will. Man sollte es dennoch tun. Stefan C. Wolter, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung in Aarau, hielt vor Kurzem in einem Referat fest: «Wahlmöglichkeiten seitens der Nachfrager verstärken bei den Anbietern nicht nur den Druck, einfach besser, sondern auch anders zu sein. Es hat sich gezeigt, dass mit der Wahlmöglichkeit keine soziale Polarisierung einhergeht (...), ja dass jene Modelle, die rigide alle Entscheidungsmacht auf der staatlichen Seite konzentrieren, ihre eigenen Ziele (Chancengleichheit, soziale Kohäsion und besserer Lernerfolg) nicht zu erreichen vermögen.» In Schaffhausen garantiert seit über 20 Jahren die Rudolf Steiner Schule dank grossem, persönlichem Engagement von Lehrer- und Elternschaft ein kleines Stück Bildungsfreiheit. Es ist Zeit, dass sich die Behörden und Parlamente fragen, ob ihnen diese Wahlfreiheit nicht mehr wert ist als einige wiederkehrende Spenden.

Der Autor ist als Journalist im Bereich der beruflichen Bildung und Beratung tätig. Seine Kinder besuchen die Rudolf-Steiner-Schule Schaffhausen.